



Broemme meint

LÜKEX – the same procedure?

(BS) Seitdem es die LÜKEX gibt, wurden die unterschiedlichsten Szenarien beübt. Erinnerung sei an das Szenario einer Gasmangellage in Verbindung mit einem Wintereinbruch in Süddeutschland oder die Pandemieübung. Zuletzt wurde ein Cyber-Angriff auf Behörden simuliert. Leider haben diese Szenarien gezeigt, dass diese Gefahren nicht in weiter Ferne sind, sondern jederzeit real werden können.

Jede Übung kostet Geld, Zeit und Personal. Jede Übung erfordert eine sorgfältige Auswertung, die auch kritisch genug sein muss und identifizierte Schwachstellen klar benennt. Es bedarf auch Vorschlägen, wer sich um die Ausmerzung von diesen Schwachstellen kümmern muss.

Ich habe Sorge, dass die Auswertung zu kurz kommt. Es gibt Ängste, Leute zu verprellen, die mitgemacht haben. Es gibt Ängste, dass man allzu schlimme Fehler nicht anspricht, um sich nicht zu blamieren. Diese Ängste müssen beiseite gewischt werden, um mehr aus Fehlern zu lernen, die man selbst gemacht hat. Das Interesse, an den Übungen teilzunehmen, ist groß. Aber das Interesse, Konsequenzen aus den Übungen zu ziehen, ist noch ausbaufähig.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

„Den Zivilschutz gemeinsam tragen“

(BS) Die Novellierung der Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung (RRGV) wurde vom Kabinett angenommen. In ihnen ist festgelegt, welche Maßnahmen einzuleiten sind, um die Unabhängigkeit und Souveränität Deutschlands in Krisen- und Konfliktsituationen zu sichern. 35 Jahre ist es her, dass die Bundesregierung zuletzt die Rahmenbedingungen der Gesamtverteidigung festlegte. Für den Zivilschutz ist u.a. die klare Aufgabendefinition, der Grundsatz des Doppelnutzens für Zivil- und Katastrophenschutz sowie die Mitwirkung der Hilfsorganisationen aus dem Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe (ZSKG) in die Neufassung eingeflossen.

Neben militärischen Aspekten widmen sich die Richtlinien auch dem Zivilschutz. So nehmen die RRGV Katastrophenschutzorganisationen sowie die Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen in die Pflicht. So sind das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Malteser-Hilfsdienst (MHD) freiwillige Hilfsgesellschaften im Sinne des Genfer Abkommens zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Felde. Sie unterstützen damit auch den Sanitätsdienst der Bundeswehr.

Selbstschutz in Fokus

Der Staat könne jedoch seiner Schutzpflicht gegenüber den Bürgern nur nachkommen, wenn diese mithelfen. „Eine Mitwirkung der Bevölkerung im Zivilschutz kann nur erfolgen, wenn sie ausreichend informiert ist. Um dies zu gewährleisten, hat der Staat bereits im Frieden geeignete Informationsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz durchzuführen“, heißt es in den Richtlinien. Der Staat soll die Bevölkerung u. a. über die



Das Bundesinnenministerium (BMI) ist in Sachen Zivilschutz gefordert.

Foto: BS/Biskup-Klawon

notwendige Verhaltensweise im Krisenfall sowie Maßnahmen des Selbstschutzes aufklären. Den Bürgern müsse klar sein, dass wenn an mehreren Orten Schäden eintreten, nicht überall sofort staatlich organisierte Hilfe geleistet werden könne. Für Aufbau, Förderung und Anleitung der Bevölkerung zum Selbstschutz sowie Förderung des Selbstschutzes der Behörden und Betriebe gegen die besonderen Gefahren, die im Verteidigungsfall drohen, sind die Gemeinden verantwortlich.“

„Der Zivilschutz ist regelmäßig dahingehend fortzuentwickeln, dass die rechtlichen Grundlagen zum Zivilschutz und zur Katastrophenhilfe unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Wirksamkeit überarbeitet werden.“ Die nationalen Rechtsgrundlagen seien entsprechend auszugestalten und an die aktuellen Herausforderungen anzupassen.

BMI gefordert

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte zur Verabschiedung der RRGV: „Wir setzen auf integrierte Sicherheit.“

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Alle staatlichen Ebenen müssen eng zusammenwirken. Die militärische und zivile Verteidigung haben wir eng verzahnt. Neue Technologien wie unsere modernen Warnsysteme haben wir aufgebaut und in unsere Pläne integriert. Denn es ist notwendig, dass wir uns stärker wappnen.“ Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) ergänzte, für die Gesamtverteidigung Deutschlands müsse jeder einen Beitrag leisten, sowohl staatliche und zivile Institutionen als auch jeder einzelne Bürger. Eine resiliente Gesellschaft sei das Ziel, die mit jeder Herausforderung umgehen könne. „Viele leisten schon jetzt sehr wertvolle Beiträge im THW, DRK oder als Reservistinnen und Reservisten bei der Bundeswehr. Ihnen gilt mein Dank.“

Ein verstärktes Handeln mahnen nichtsdetrotz einige Bundestagsabgeordnete an. „Die Überarbeitung der zuletzt 1989 angepassten Rahmenrichtlinien ist längst überfällig“, erklärten Leon Eckert, Mitglied des Innenausschusses, und Sara Nanni, Sprecherin für Sicherheitspolitik, (beide Bündnis90/Die Grünen). Das BMI müsse das Tempo künftig noch stärker anziehen und bei der zivilen Verteidigung daran anpassen, was das BMVg bei der Umsetzung der Zeitenwende im militärischen Bereich vorgäbe. „Die Verabschiedung der Rahmenrichtlinien muss der Startschuss sein, die darunter liegenden Gesetze, Verordnungen und Konzepte umfassend an die heutige Sicherheitslage anzupassen.“

Die komplette RRGV finden Sie [hier](#).

Open Data in Berlin

(BS) Die Berliner Feuerwehr stellt ihre Einsatzdaten als [Open Data](#) zur Verfügung. Die Daten zeigen die Anzahl der Einsätze, die Art der Einsätze, wie z. B. Brände, Unfälle oder Katastrophenschutz, und die Reaktionszeiten. Die Genauigkeit reicht von tagesbezogenen Werten für die gesamte Stadt bis hin zu planungsraumgenauen Daten für ein ganzes Jahr. Die Daten werden täglich aktualisiert. Mit der Zugänglichmachung der Daten nehme die Berliner Feuerwehr eine Vorreiterrolle unter den Feuerwehren in der Bundesrepublik ein, heißt es von der Hauptstadtfeuerwehr. Ziel sei es, die Arbeit und Leistungsfähigkeit der Notfallversorgung in Berlin transparent zu machen.

Es werden nun auch alle Inhalte der offiziellen Social Media-Kanäle gebündelt. Die Berliner Feuerwehr nutzt dazu die [Plattform Stage](#).

Die Plattform ist frei zugänglich. Es ist keine Registrierung nötig.



In Berlin steigen die Einsatzzahlen jährlich. Besonders der Rettungsdienst ist gefordert.

Foto: BS/ Martin Jäger, [pixelio.de](#)

NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

10. Juni:

- Demokratien sterben an Urnen
- Grenzkontrollen bleiben vorerst bestehen

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

10. Juni:

- Airbus präsentiert neue Drohne

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

12. Juni:

- acatech-Studie: Regulierungsdichte beschränkt Innovationsgeist

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- N3GZ - Nachwuchsnetzwerk Digitale Verwaltung

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

12. Juni:

- BAKöV-Präsident Schönbohm im Gespräch

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom 5. Juni:](#)

- Jochen Michels von Kaspersky zu Transparenz in der IT-Sicherheit

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS

10.–11. SEPTEMBER 2024

Lernen in und aus der Dauerlage

Extrem ist das neue „Normal“?

(BS) Die Extremwetterlagen und damit einhergehenden Flutkatastrophen häufen sich – zuletzt erst in Südwest- und Süddeutschland. Zwar ist die akute Gefahr durch erhöhte Wasserstände abgeklungen, doch die Aufräumarbeiten im Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern sind in vollem Gange. Das alles lässt sich auf den Klimawandel zurückführen und führt nicht nur zu mehr Katastrophenlagen dieser Art, sondern auch zu einem neuen „Normal“, ist Daniela Jacob, Leiterin des Climate Service Center Germany, überzeugt. „Wir müssen Klima-Resilienz zum Mainstream machen“, erklärt die Klimaforscherin, „und wir müssen den Klimawandel dringend stoppen, bevor es noch wärmer wird.“

Doch viele Experten auf dem „European Civil Protection Forum 2024“ sind sich einig: Um diese Stufe des Zivil- und Katastrophenschutzes zu erreichen, muss an zwei wichtigen Stellschrauben gedreht werden: Punkt eins ist die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den direkt benachbarten Akteuren im Katastrophenschutz (auf allen Ebenen). Zwar sei das Katastrophenschutzverfahren der EU (UCPM) eine gute Sache, doch die meisten Katastrophen haben einen zeitkritischen Faktor, bei der das UCPM zu langsam reagiere und in akuten Notsituationen nicht helfen könne, kritisiert Zsolt Kelemen vom Budapester Feuerwehrverband, EU-Strategie für den Donauraum, Arbeitsgruppe „Umweltrisiken - Schwerpunktbereich Katastrophenmanagement“. Für ihn ist es daher besonders wichtig, mit den nächsten Nachbarn zusammenzuarbeiten. Ob nun regional oder von benachbarten Ländern, beides sei sehr wichtig, um in zeitkritischen Lagen schnell und effektiv zu handeln. Das es dafür aber auch entsprechendes Training und Wissen braucht, verdeutlicht Marie Sattler, zuständig für Internationale Beziehungen vom Großherzoglichen Feuerwehr- und Rettungskorps Luxemburg (CGDIS): Laut ihrer Aussage habe Frankreich ein anderes Anschlussystem für Feuerwehrschräume an Hydranten, als sie in Deutschland oder Belgien üblich sind. Überregionale Einsatzkräfte müssen über solche Unterschiede und Ähnliches aufge-



(V.l.n.r.) Karin Helmstaedt, Agné Bilotaïté, Fabrizio Curcio. „Bewusstheit schützt“, beendet Agné Bilotaïté auf dem European Civil Protection Forum 2024.

Foto: BS/European Union

klärt sein, um effektiv zusammenarbeiten zu können.

Hinzu käme außerdem, dass die nächstgrößere Instanz – wie etwa der Staat – sich häufig mit vielen unterschiedlichen Problemen auseinandersetzen müsse. Da sei eine Katastrophe nach ca. drei Monaten schon durch das nächste Problem verdrängt, erklärt Nejc Smole, Bürgermeister der Gemeinde Medvode und stellvertretender Präsident der Region Mittelslowenien. Doch die betroffenen Regionen, die natürlich auch deutlich länger mit dem Wiederaufbau und Reparaturen beschäftigt seien, würden sich deutlich länger erinnern und wüssten auch, wo es besonders problematisch gewesen sei. Daher solle man gerade auf die betroffenen Regionen hören.

Vertrauen ist gut, Selbsthilfe ist besser

Punkt zwei ist das Vertrauen und die Mitarbeit der Bevölkerung zu stärken. Doch um die Menschen mitzunehmen und sie zur Mithilfe und zum Selbstschutz zu befähigen, müsse man transparent und offen über die Möglichkeiten, Limits und Risiken sprechen, meint Raed Arafat, Staatssekretär im Ministerium für innere Angelegenheiten von Rumänien. Durch die Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus dem Krisenmanagementbereich könne man anstelle von Panik und Krisenmüdigkeit ein Krisenbewusstsein schaffen, ist der Staatssekretär überzeugt.

Eine ähnliche Ansicht vertritt Agné Bilotaïté, Innenministerin der Republik Li-

tauen. Die Bevölkerung müsse auf möglichst viele verschiedene Lagen vorbereitet sein und wissen, wie man sich in diesen Lagen zu verhalten habe. „Erwarte das Beste, sei auf das Schlimmste vorbereitet“, ist ihre Devise. Und diese Vorbereitung sollte so früh wie möglich anfangen. Früher seien auch Kinder schon im Umgang mit Extremsituationen geschult worden, wohingegen Europa heute, wo es unter größerer Bedrohungslage als noch Jahre zuvor stehe, schlechter vorbereitet sei, als noch zu Zeiten des Berliner Mauerfalls, erklärt der europäische Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenschutz, Janez Lenarčič.

Doch wie gewinnt man das Vertrauen der Menschen? Kati Orru, Professorin für Soziologie der Nachhaltigkeit an der Universität Tartu, ist der Ansicht, dass gerade sozialbenachteiligte Menschen, wie beispielsweise Obdachlose, dem Staat und dessen Schutzmaßnahmen skeptisch gegenüberstünden. Dem könne man nur entgegensteuern, indem man auch diesen Teil der Bevölkerung integriere und sozialisiere. Außerdem müssten sich die Menschen besonders in Entscheidungsprozesse eingebunden fühlen, damit sie sich gehört und verstanden fühlten, ergänzt Raffaella Russo, Leitende Projektmanagerin an der Universität von Salerno (UNISA). Dies sollte man auch schon vor dem Eintreffen einer Katastrophe tun, denn es handle sich dabei um einen langen Prozess und der Aufbau von Vertrauen lasse sich nicht während einer bestehenden Katastrophe bewerkstelligen.

LÜKEX 23: Besser planen und gemeinsames Lagebild

(BS) Er ist 88 Seiten stark. Der Auswertungsbericht der LÜKEX 23 ist da. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat Bilanz aus der Länder- und Ressortübergreifenden Krisenmanagementübung zum Thema „Cyberangriff auf das Regierungshandeln“ gezogen. Einige Schwachstellen konnten im Krisenmanagement identifiziert werden.

Ein IT-Angriff auf Institutionen von Staat und Verwaltung fordert bundesweit Behörden heraus. Wie kann man – trotzdem, dass man selbst betroffen ist – handlungsfähig bleiben? Über 2.500 Personen aus über 60 Ministerien und Behörden beteiligten sich an dem Übungsszenario. Anhand des fiktiven Beispiels übten die Beteiligten, wie sie in einer IT-Krise am besten zusammenarbeiten und untereinander kommunizieren, um gemeinsame Entscheidungen zu treffen.

Laut dem BBK habe schon „viele bereits gut funktioniert“. Es folgt auch ein Aber. So müssten „Prozesse gestärkt und optimiert werden“. Einige Punkte seien u. a.:

- Eine vorausschauende Planung von Behörden. Es müsse festgelegt werden, welche Prozesse und Aufgaben in einer Krise priorisiert würden.
- Es brauche ein gemeinsames übergreifendes Lagebild, damit alle Beteiligten ein „möglichst genaues“ Lageverständnis haben.
- Bei bundesweiten Krisen seien Strukturen zum Krisenmanagement nötig,



Licht und Schatten im Auswertungsbericht zur LÜKEX 23. Vieles hat funktioniert. Manches muss verbessert werden. Foto: BS/BBK

- die dauerhaft zur Verfügung stünden.
- Zudem brauche es eine gute Schulung für das zuständige Personal.

Die im Auswertungsbericht formulierten Handlungsempfehlungen würden in der jeweiligen Verantwortung der beteiligten Stellen umgesetzt, heißt es vonseiten des BBK.

BBK-Präsident Ralph Tiesler erklärte zu der Auswertung: „Die Krisen der vergangenen Jahre haben uns vor Augen geführt, dass die Ebenen und ressortübergreifende Zusammenarbeit noch weiter ausgebaut werden muss – insbesondere im Ereignisfall kommt es auf ein eingespieltes Krisen-

management an. Insofern bietet die LÜKEX eine ideale Möglichkeit, die eigenen Krisenmanagementstrukturen zu erproben und daraus Lehren für den Ernstfall zu ziehen. Das hat nicht zuletzt auch die große Teilnahme an der LÜKEX 23 eindrucksvoll belegt.“

Das BBK kündigte im Zuge der Veröffentlichung schon die nächste LÜKEX an. Das Thema der nächsten Übung ist „Dürre und Hitzewelle - Notlage durch extreme Hitzewelle nach langjähriger Trockenperiode in Deutschland und Europa“. Sie ist für das Jahr 2026 angesetzt. Zuvor sollen bereits kleinere Teilübungen durchgeführt werden.

Den Auswertungsbericht zur LÜKEX 23 finden Sie [hier](#).

FÜHRUNGSKRÄFTE FORUM

GENERATIVE KI IM BEHÖRDENEINSATZ

RECHTSICHERE EINFÜHRUNG UND PRAKTISCHE NUTZUNG

04.07.2024 WEINGUT JULIUSSPITAL, WÜRZBURG

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel** mit fachlicher Unterstützung von **NUTANIX** **CISCO** **COHESITY**

vfdb: Sieben Forderungen zum Hochwasser

(BS) Die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) hat angesichts des Hochwassers in Süddeutschland ein Positionspapier veröffentlicht. Anhand von sieben konkreten Forderungen soll die Gefahrenabwehr bei diesen und anderen Schadenslagen verbessert werden. Ausdrücklich betont die vfdb, dass die Forderungen keinesfalls die herausragenden Leistungen der größtenteils ehrenamtlichen Einsatzkräfte schmälern sollen.

Zum einen müsse die Ausbildung der Einsatzkräfte angepasst werden. Die vfdb kritisiert, dass es in Deutschland keine einheitlichen Ausbildungsunterlagen für dynamische Flutlagen oder die Vegetationsbrandbekämpfung gebe. Zudem gebe es keine Schulen für das Training von dynamischen wetterbedingten Schadenslagen.

Weiter müsse zudem die Ausrüstung der Einsatzkräfte verbessert werden. Es stünden vielen Kräften nicht die richtige sowie auch nicht die ausreichende persönliche oder spezielle Schutzausrüstung zur Verfügung. Gleiches gelte auch für die Einsatzfahrzeuge, die nicht für die oft zerstörte Infrastruktur geeignet seien. Kommunen müssten sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die lokalen Gefahren jenseits der Standardszenarien, wie Wohnungsbrand oder Verkehrsunfall, besser vorbereiten. Aus den Erfahrungen der europäischen Strukturen zu lernen, sei dabei sinnvoll.

Außerdem müssen die Führungsstrukturen weiterentwickelt werden. In allen Berei-



Mit sieben Forderungen gegen Großschadenslagen – die vfdb hat neue und alte Ideen.

Foto: BS/ Markus Distelrath, pixabay.com

chen brauche es funktionsfähige Führungsstrukturen und -mittel. Neben Ausstattung müsse der Informationsaustausch über alle Ebenen jederzeit und adäquat erfolgen.

Eine Abwägungsfrage

Kritik äußert die Vereinigung bei der eindimensionalen Betrachtung des Naturschutzes. „Zu oft wird der Naturschutz nur unter einem Aspekt betrachtet. Notwendig jedoch ist es, für die bestehenden und kommenden Herausforderungen in der Gefahrenabwehr mehr praktische und pragmatische Lösungen zu finden, die auch eine Abwägung von einzelnen Maßnahmen des Naturschutzes gegenüber den dadurch

hervorgerufenen oder auch nur verstärkten Risiken für Menschen, Tiere und Sachwerte beinhalten“, heißt es im Forderungskatalog.

Und täglich grüßt die Selbsthilfe

Auch das Dauerthema der Selbsthilfe innerhalb der Bevölkerung müsse angegangen werden. Die Bevölkerung müsse wieder mehr dazu gebracht werden, selbst mit dafür zu sorgen, Gefahren zu vermeiden oder das eigene Risiko zu verringern. „Hierzu gehören unter anderem das Verständnis für Warnungen, das Wissen um Alarmierungs- und Entwarnungsarten sowie eine Akzeptanz von Verboten in gefährdeten Gebieten. Die Gesellschaft sollte insgesamt befähigt werden, schnell, angemessen und zielorientiert zu handeln – ohne sich dabei selbst in Gefahr zu bringen“, so die vfdb. Ebenso müsse die Prävention verbessert werden. Dazu zählt im Falle von Hochwassern, Ein- und Durchflüsse zu säubern und freizuhalten.

Last but not least braucht es nach Meinung der vfdb eine Fehlerkultur und ein systematisches Lessons Learned: „In Deutschland ist die systematische Auswertung von Schadenslagen immer noch nicht ausreichend etabliert. Aus den Erfahrungen der vergangenen Lagen zu lernen, muss in allen Bereichen der Gefahrenabwehr stärker beachtet werden.“

Das komplette Positionspapier finden Sie [hier](#).

25.–26. September
2024

Ludwigsburg

SYMPOSIUM



FOKUS
KOMMUNE

Zeitenwende für die Mobilität in Stadt und Land?

Weitere Information unter www.fokus-kommune.de



Foto: adobefirefly

Aktuelle Probleme und Akademisierung im Rettungsdienst

(BS/Frank Flake, Peter Gretenkort*) Viele der aktuellen Probleme unseres Gesundheitssystems betreffen auch den Rettungsdienst. Dies zeigt sich in besonderer Weise in der Überlastung der Notaufnahmen durch sogenannte Bagatellfälle. Die Notaufnahmen der Krankenhäuser werden vielfach von Patientinnen und Patienten aufgesucht, deren Beschwerden weder akut noch zeitdringlich zu behandeln sind. Die Ressourcen zur Versorgung ernstlich erkrankter oder verletzter Patienten (Räumlichkeiten, Personal, Material und Geräte) werden dadurch beeinträchtigt. Betroffen davon ist auch die Übernahme von Patienten des Rettungsdienstes mit der Folge längerer Wartezeiten und verzögerter Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft.

Der Rettungsdienst hätte die Möglichkeit, zur Verringerung der Überlastung beizutragen. Unnötige Einweisungen in die Kliniken könnten durch Zuweisung zur kassenärztlichen Versorgung oder durch fallabschließende Behandlung vor Ort vermieden werden. Das wird bisher durch mangelhafte Koordination und ungeklärte Zuständigkeiten und Kompetenzen erschwert.

Auch Notaufnahmen überlastet

Auch der Rettungsdienst selbst wird durch Patienten mit Bagatellverletzungen und nicht akut behandlungspflichtigen Erkrankungen belastet. Die Einsatzzahlen des Rettungsdienstes steigen jährlich vor allem im Bereich dieser sogenannten Low-Code-Einsätze. Hilfesuchende mit unkritischen Beschwerden melden sich in Unkenntnis des rettungsdienstlichen Aufgabenbereichs über die Notrufnummer 112. Dadurch kommt es zum oft vermeidbaren Einsatz spezialisierter Ressourcen (Rettungswagen und Notarzteinsatzfahrzeugen), die während der Dauer des Einsatzes für dringliche Notrufe blockiert sind.

Ständige Überlastung und Tätigkeit außerhalb des eigentlichen Aufgabenbereichs führen zu steigender Unzufriedenheit des knappen rettungsdienstlichen Fachpersonals mit spürbarer Abwanderung in andere Bereiche. Es ist erkennbar, dass grundlegende Reformen und Systemumstellungen

notwendig sind.

Die von der Regierungskommission veröffentlichten Vorschläge zur Reform der Notfall- und Akutversorgung in Deutschland sieht das Bündnis Pro Rettungsdienst insgesamt als richtungsweisend an. Kerngedanken sind eine gezielte Lenkung der Notfallpatienten zur ambulanten oder stationären Versorgung, Notfallversorgung nach verbindlichen Qualitätsstandards sowie Aufbau von komplementären Versorgungsstrukturen (ambulante pflegerische Notfallversorgung, Palliativdienste, Gemeindenotfallsanitäter, telemedizinische Beratung...).

Ergänzend sieht die Regierungskommission vor, die Befugnisse von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern zu erweitern. Hierzu wird die Einführung verschiedener Ausbildungs- und Qualifikationsstufen und die damit verbundene Anhebung der Kompetenzen empfohlen. Die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung von Rettungsfachpersonal und insbesondere die Einführung akademischer Studiengänge für Notfallsanitäter ist ausdrücklich zu begrüßen. Auf diese Weise kann Personal langfristig gebunden und mit entscheidenden Karriere- und Entwicklungsperspektiven ausgestattet werden. Derzeit dominieren vor allem Studiengänge im pädagogischen Bereich sowie im Bereich des rettungsdienstlichen Managements.

Eine Empfehlung der Regierungskommission geht dahin, „besonders qualifizierte Notfallsanitäter/innen“ mit einer fachgebundenen Heilkundebefugnis nach Vorbild anderer Staaten (z.B. advanced paramedic practitioner) auf Bachelor/Master-Niveau weiter zu qualifizieren, damit diese den jetzigen Notarztendienst substituieren und die ärztliche Ressource nur bei Bedarf anfordern müssen.“

Studiengänge sinnvoll?

Die Einführung von Studiengängen zur medizinischen Kompetenzausweitung mit dem Ziel der Substitution des Notarztes wird jedoch bis zum verbreiteten Einsatz von Absolventen keinerlei Wirkung auf die aktuellen Probleme im Rettungsdienst ent-

fallen. Es ist ungewiss, in welchem Zeitraum eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen und Studierenden für diese Aufgabe zur Verfügung stehen und ob die kritischen Fähigkeiten, die für eine Kompetenzausweitung jenseits des Pyramidenprozesses notwendig wären, vermittelt werden können.

Bereits heute verfügen Notfallsanitäter bei Ausnutzung der Delegationsmöglichkeiten für Maßnahmen und Medikamentengabe im Rahmen des sogenannten Pyramidenprozesses über eine breite Palette an Möglichkeiten zur Behandlung von Notfallpatienten. Durch die Festschreibung eigenverantwortlicher heilkundlicher Befugnisse in bestimmten Situationen durch den nachträglich ergänzten Paragraph 2a des Notfallsanitätergesetzes sowie durch die Öffnung des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) mit der Möglichkeit der eigenständigen Verabreichung von Schmerzmitteln, die dem BtMG unterliegen, durch Notfallsanitäter wurden weitere Möglichkeiten geschaffen. Durch deren konsequente Umsetzung würden aus Sicht des Bündnisses bereits jetzt die ärztlichen Ressourcen deutlich weniger und somit nur bei Bedarf eingesetzt werden müssen.

Das Bündnis pro Rettungsdienst würde sich wünschen, zuerst mit entsprechenden Kraftanstrengungen und dem gemeinsamen Vorgehen aller am Rettungsdienst Beteiligten bundesweit einheitlich geltende Behandlungsrichtlinien in Kraft setzen zu können. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Sobald diese Entwicklung fortgeschritten ist, wird man aus unserer Einschätzung die Frage nach einer weitergehenden Kompetenzübertragung auf Notfallsanitäter vor dem Hintergrund von Zielvorgaben des Bildungssystems und des zunehmenden Fachkräftemangels erneut stellen.

**Frank Flake ist Leiter des Rettungsdienstes im Landkreis Oldenburg und 2. Vorsitzender des Deutschen Berufsverbands Rettungsdienst (DBRD).*

Dr. Peter Gretenkort ist stellvertretender Vorsitzender der Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands (BAND).

Neuer THW-Landesbeauftragter im Norden

(BS) Sören Ollhoff ist neuer Landesbeauftragter des THW-Landesverbands Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein. Zuvor war Ollhoff Referatsleiter in der Staatskanzlei in Kiel. Dort war er zuständig für das Projektmanagement und die IT-Organisation der Landesverwaltung Schleswig-Holstein. Zudem war er mehrere Jahre als Projektleiter in der Bundesverwaltung, bei einer internationalen Organisation in Bonn sowie als Dozent an der US-Militärakademie in West Point tätig.

„Das Engagement und die Einsatzbereitschaft des THW sind von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft und die Sicherheit unseres Landes. Es ist mir eine Freude und Ehre, nun Teil dieser engagierten und professionellen Gemeinschaft zu sein“, erklärte der neue Landesbeauftragte. „Wir erleben gerade, dass die Fähigkeiten des THW im Zivil- und Katastrophenschutz



Sören Ollhoff ist am 1. Juni seine neue Position als Landesbeauftragter des THW-Landesverbands Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein angetreten.

Foto: BS/THW, Heidemann

zunehmend an Bedeutung gewinnen – in Deutschland und weltweit“, so Ollhoff weiter.

Zu seiner Agenda erklärte Ollhoff, dass er das Zusammenwirken mit den Partnern in den Bundesländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein weiter verzahnen und ausbauen möchte. Er zeigt sich überzeugt: „Bevölkerungsschutz funktioniert nur gemeinsam!“ Zudem will Ollhoff Schwerpunkte bei der Förderung des ehrenamtlichen Engagements und dem Ausbau von internationalen Kooperationen legen. „Das Engagement unserer Ehrenamtlichen ist von unschätzbarem Wert für das THW und die Gesellschaft als Ganzes. Ihr Einsatz und ihr Engagement unter oft herausfordernden Bedingungen verdienen höchste Anerkennung und unsere volle Unterstützung“, so der neue Landesbeauftragte.

Menschenmengen managen

(BS) In der ersten Jahreshälfte gab es bereits vermehrt schlimme Hochwasserlagen in unterschiedlichen Teilen von Deutschland. Mit der wachsenden Anzahl an Umweltkatastrophen und politischen Unsicherheiten im Ausland, rückt vor allem der Zivilschutz wieder stärker in den Fokus. Dabei wird an vielerlei Stellen über die zu ergreifenden Maßnahmen diskutiert, denn dass der Zivilschutz gestärkt werden muss,

darüber sind sich alle Beteiligten einig.

Die Stärkung des Zivilschutzes spielt auch im FOM (Hochschule für Oekonomie und Management)-Bachelor-Studiengang „Management in der Gefahrenabwehr“ eine große Rolle, weshalb interessierten Studierenden, Neueinsteigern und Quereinsteigern mit der hybriden „Open Campus“-Veranstaltung ein Einblick gewährt werden soll. Es werden wertvolle Ausschnitte aus

Wissenschaft und Praxis gezeigt. Zusätzlich bietet die kostenfreie Veranstaltung eine Plattform, um Fragen zu stellen und sich zu vernetzen.

Wervor Ort teilnehmen möchte, findet sich um 18 Uhr am 19. Juni im FOM Hochschulzentrum Berlin ein.

Den Link zur Anmeldung und weiteren Informationen finden Sie [hier](#).

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

DIGITALER  STAAT
ONLINE**DISKUSSION.**
www.digitaler-staat.online

Jetzt kostenfrei anmelden!



Grafik: stock.adobe.com/bovencan

17. Juni 2024: NEGZ Spezial – Corona als Innovationstreiber10:30 Uhr: **Studienvorstellung + Diskussion**

Wie erfolgreich war die Corona-Pandemie als Schocktherapie für mehr Innovation in der öffentlichen Verwaltung? Die neue NEGZ-Kurzstudie „Corona als Innovationstreiber“ zeigt dafür drei Wirkmechanismen auf: ein gezielter Ressourceneinsatz, ein Fokus auf interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie die Entwicklung einer Fehlerkultur. Die Autoren präsentieren ihre Erkenntnisse aus Fallstudien in Gesundheitsämtern und Zentralabteilungen von fünf deutschen Kommunen und gehen mit unseren Diskutant:innen ins Gespräch, u.a. zur Frage, wie nachhaltig dieser Innovationschub war und wie die Verwaltungsmitarbeitenden diesen erlebt haben. Impulse unter anderem von:

Prof. Dr. Wilfried Bernhardt, Stellvertretender Vorsitzender, Nationales E-Government Kompetenzzentrum (NEGZ)

Niklas Korte, Mitarbeiter am Lehrstuhl für Digitale Innovation und der öffentliche Sektor, Universität Münster


Prof. Dr. Tobias Brandt, Professor am Lehrstuhl für Digitale Innovation und der öffentliche Sektor, Universität Münster

Dr. Caroline Fischer, Assistant Professor Public Administration and Digital Transformation, Universität Twente

Andree Pruin, Referent Verwaltungsdigitalisierung, Deutscher Landkreistag

Weitere Veranstaltungen

- | | | |
|-------------------|-----------------|---|
| 13.06.2024 | 10:30–12:00 Uhr | Softwarelizenzmanagement für Behörden |
| 14.06.2024 | 10:30–12:00 Uhr | Digitaler Hausfriedensbruch: Abwehr – die beste Verteidigung |
| 18.06.2024 | 10:30–12:00 Uhr | Die größten Hürden auf dem Weg zum Prozessmanagement |
| 20.06.2024 | 10:30–13:45 Uhr | Künstliche Intelligenz hilft Helfern – Unterstützung für BOS |
| 16.07.2024 | 10:30–13:45 Uhr | eIDAS 2.0 – Paradigmenwechsel digitaler Identitäten in Europa |

 www.facebook.com/digitalerstaat
 [twitter #digistaat](https://twitter.com/digistaat)
 www.instagram.com/digitaler_staat
Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon, Scarlett Lüsser. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßbrecker, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistent: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.